

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Dresden. Verlagsnummer: 25 241. Nur für Nachdruck: 20 011.

Lebeck's - **Dreieck-**
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40. Druck u. Verlag von Bleich & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zulassung monatl. 14 M., vierteljährl. 37,50 M., halbjährl. 72,50 M., jährlich 120 M., vierteljährl. 37,50 M. Die Spelt. 37 mm breite Zeile 4 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen- u. Wohnungsmarkt, Spelt. 12 M., durch die Post bei täggl. zweimal. Versand monatl. 12,50 M., vierteljährl. 37,50 M., halbjährl. 72,50 M., jährlich 120 M. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl. - Einzelnummer 70 Pf. Nachdruck nur mit bewilligter Quellenangabe „Dresdner Nachr.“. - Unentgeltliche Schrifsätze werden nicht anberabrt.

Poincarés Annäherung an England.

Das doppelte Gesicht des neuen Mannes. Für ein Bündnis mit England — gegen die Vorschläge Lloyd Georges.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.
Paris, 14. Jan. Der Chefredakteur des „Matin“, Stephan Lauzanne, stellt das Regierungsprogramm Poincarés wie folgt dar: Poincaré hat für das englische Volk nur Gefühle tiefter Zuneigung. Er wünscht die freundschaftlichen Bande mit England zu knüpfen. Alle diese Gefühle dürfen aber nicht dazu führen, daß die Methoden wieder in Anwendung gebracht werden, die bisher üblich waren, d. h. daß nicht alle Vorschläge, die von England gemacht werden, angenommen werden müssen. Poincaré werde Lloyd George in den heutigen Besprechungen den Wunsch ausdrücken, mit ihm oft und lange zu sprechen, viel länger und häufiger als sein Vorgänger. Es dürfte aber nicht auf Tagungen des Obersten Rates geschehen. Der englisch-französische Vertrag werde geschlossen werden, weil dies der glühendste Wunsch Poincarés sei. Aber nicht jener Vertrag werde geschlossen werden, der eben veröffentlicht worden ist, weil dieser zu viel Schäden bringe. Man müsse an das denken, was in den Jahren geschehen werde, wenn Frankreich vielleicht die kritischen Stunden seiner Geschichte durchleben wird. Auch von einer Militärfunktion sei nicht gesprochen worden. Insbesondere werde in dem Vertrag nicht erwähnt, in welcher Weise Frankreich an der Seite Englands zu stehen habe, falls letzteres angegriffen werde. Heute habe man den Eindruck, daß Frankreich nur kontrolliert werden soll, ohne selbst eine Kontrolle auszuüben. Was die Konferenz von Genoa anbelangt, so bestehen noch gewisse Bedenken, insbesondere deshalb, weil Amerika seine Teilnahme noch nicht auszusagen hat. Harding selbst habe erklärt, daß Frankreich auf dieser Konferenz nichts zu gewinnen, sondern alles zu verlieren, Deutschland dagegen nichts zu verlieren und alles zu gewinnen habe. Es wäre überraschend, wenn er diese Einschätzung geändert haben sollte.

Lloyd George für baldige Unterzeichnung des Garantievertrages.

Cannes, 14. Jan. Vor seiner Abreise aus Cannes erklärte Lloyd George französischen Pressevertretern, er habe gewünscht, daß der Garantievertrag noch vor dem Zusammentritt der Konferenz von Genoa unterzeichnet werden möchte. Die italienische Regierung sei im Augenblick nicht aufgefordert worden, sich dem Vertrage anzuschließen, weil die Lage der italienischen Grenze dies nicht zu einer gebieterischen Notwendigkeit mache. Das Einvernehmen mit Belgien in dieser Angelegenheit sei vollkommen. Was die Orientfrage betreffe, so hoffe er, daß in etwa zwei Wochen bei der Zusammenkunft der Außenminister in Paris diese Frage geregelt werde. (S. T. B.)

Die Ausarbeitung des englisch-belgischen Abkommens.

Brüssel, 14. Jan. Dem „Zeit“ wird von seinem Sonderberichterstatter aus Cannes gemeldet, der belgische Minister des Inneren und Lord Curzon haben heute vormittag die Grundzüge des englisch-belgischen Abkommens festgelegt. (S. T. B.)

Poincaré oberste Richtlinien.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.
Paris, 14. Jan. Da Lloyd George den Wunsch geäußert hatte, mit dem in Aussicht genommenen neuen französischen Ministerpräsidenten Poincaré Besprechungen abzuhalten, teilte dieser gestern abend dem englischen Botschafter Lord Hardinge mit, daß er am Quai d'Orsay noch nicht in sein Amt eingeführt sei und sich deshalb auf die englische Botschaft beschränken werde, um mit Lloyd George zusammenzutreffen. Die Besprechungen mit Lloyd George dürften nach einer Erklärung Poincarés, die er Parlamentäriern abgab, die gestern bei ihm erschienen waren, länger dauern. Der voranschreitende Ministerpräsident wird daher kaum in der Lage sein, sein Cabinet noch heute fertigzustellen. Man glaubt aber, daß dies bis morgen mittag möglich sein werde. Poincaré erklärte dem Parlamentariern: „Ich habe nicht die Absicht, ein politisches Ministerium zu bilden. Allen Mitgliedern des Parlaments, die mich besuchen, habe ich erklärt, daß die Verantwortung keine Rolle spielen werde. Niemand verkenne die Schwierigkeit der Lage. Die Stunden, die wir jetzt durchleben, sind von demselben Ernst wie 1914. Einigkeit ist notwendiger denn je. Vor allem muß eine Abklärung der Verhältnisse erfolgen. Der Friede ist für die vollendete Arbeit unter den Parteien notwendig. Er muß zum Vorteil Frankreichs sein und nicht zu dem der einen oder anderen Partei.“

Auf Einwendungen der Parlamentarier gegen einen Eintritt der Radikal-Sozialisten der Kammer oder des Senats erwiderte Poincaré: Was ich suchen gelernt habe, habe ich sowohl den Mitgliedern der demokratisch-republikanischen Entente, wie den Radikal-Sozialisten erklärt: Ich habe niemand gegenüber eine Verpflichtung übernommen, doch erinnere ich daran, daß es der Zufall wollte, daß in allen den Regierungen, die während meiner lebenslänglichen Präsidentschaft gebildet worden, immer Radikal-Sozialisten vertreten waren.“ Ueber die auswärtige Lage sagte Poincaré: „Die Ereignisse drängen uns. Ich werde mit Lloyd George eine Vereinbarung haben, die längere Zeit dauern kann und meine Verhandlungen zur Bildung des Cabinets verardern mag. Ich glaube nicht, daß das Cabinet vor Sonntag gebildet sein kann. Da die Kammer erst am Donnerstag zusammentreten soll, werde ich jetzt haben, die Dokumente über die Fragen kennen zu lernen, die gegenwärtig von den Ministern beraten werden. Neue Tausungen des Obersten Rates sind vor-

aus zu sehen, doch glaube ich, daß es vorteilhaft wäre, daß der Ministerpräsident sich erst dann auf Reisen begibt, wenn die Sachverständigen die vorbereitenden Arbeiten geleistet haben. Der Oberste Rat soll meiner Ansicht nach prinzipiell erst dann zusammentreten, wenn es sich darum handelt, Unterschriften auszutauschen.

Französische Sozialisten gegen den Eintritt in die Regierung.

Paris, 18. Jan. Die sozialistisch-radikale Gruppe der Kammer hat heute vormittag einstimmig beschlossen, daß sie die demokratisch-republikanische Entente und den nationalistischen Block als die Parteien betrachte, die die Verantwortung für ein homogenes Ministerium übernehmen müssen und daß unter diesen Umständen sich kein Mitglied der sozialistisch-radikalen Partei an der Bildung des Ministeriums beteiligen dürfe. (S. T. B.)

Der schärfere Ton gegen Deutschland.

Paris, 12. Jan. In diesen politischen Kreisen rechnet man mit einem neuen Zusammenritt des Obersten Rates, der spätestens binnen 14 Tagen entweder in Paris oder in London erfolgen soll. Bei dieser Zusammenkunft werde Poincaré seine Haltung gegenüber den Verbündeten klären und vor allem seinen Standpunkt in der Frage der englisch-französischen Allianz darlegen. Auch er werde für die Allianz eintreten, aber er dürfe den französischen Standpunkt bezüglich der Kompensationen energetischer vertreten, als es Briand in Cannes getan hat. Man glaubt auch, daß Poincaré gleich nach seiner endgültigen Vertrauensmitteilung der Regierung eine Erklärung bezüglich der Konferenz in Genoa abgeben werde. Was die Haltung Poincarés gegenüber Deutschland anlangt, so versichert man, daß dieser zwar einen schärferen Ton gegenüber Deutschland anschlagen, sich aber von dem Wege der Vermittlung nicht abwenden werde. Er werde sofort nach der definitiven Bildung seiner Regierung und nach seiner Vorsetzung in der Kammer eine Zusammenkunft mit Lloyd George suchen, um mit ihm alle schwebenden Fragen persönlich zu besprechen.

Poincaré muß erst abwirksamen.

Wagner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.
Cannes, 14. Jan. In englischen Kreisen wird berichtet, Lloyd George sei durch die Ernennung, die die Dinge in Paris gekommen haben, keineswegs überrascht gewesen. Man könne sich des Eindruckes nicht erwehren, daß Frankreich erst durch die Aera Poincaré hindurchmüsse und daß erst, wenn der Nationalismus sich selbst ad absurdum geführt habe, Frankreich reif sei, für ein: Politikt der europäischen Konsolidierung und friedlichen Zusammenarbeit. Man muß diese unvermeidliche Entwicklung mit Geduld abwarten. Sie könne unmöglich von langer Dauer sein und bis dahin gelte es, die Nerven nicht zu verlieren.

Der Wolf im Schafskleide.

Berlin, 14. Jan. Eine Poincaré nahestehende Persönlichkeit erklärte dem Pariser Vertreter der „Post, Zeit.“ über die Politik, die Poincaré Deutschland gegenüber zu treiben gedenkt: Poincaré sei der Ansicht, daß Frankreich als „Hauptopfer“ des Krieges alles erhalten müsse, was ihm als Entschädigung für seine ungeheuren materiellen Verluste gebühre, damit es seine zerstörten Gebiete wieder aufbauen und eine Entlastung für die drückende Last seines Budgets finden könne. Poincaré verlange nur, was Frankreich „von Rechts wegen“ zukomme; dies aber in vollem Umfange. Er könne sich nicht denken, daß man Frankreich zumuten könnte, einen Nachlaß zu gewähren, wenn es damit einen Teil des ihm Notwendigsten opfern müßte. Er glaube, daß eine wirksame und solide Verständigung mit Deutschland über die Modalität der Zahlungen oder Leistungen nur Vorteile bringen könne. Deshalb habe er die Politik der Vereinbarungen von Wiesbaden voll gebilligt. Er sei und bleibe ein entschlossener Verfechter dieser Politik und wünsche die Vereinbarung nicht nur zu verwirklichen, sondern sie noch verbessernd auszubauen. Poincaré habe sich besonnen, daß er der unverwundlichen Wegener Deutschlands sei. (?) Er sei kein Freund der Anwendung von Gewalt, (?) wenn diese nicht unbedingt notwendig erscheine. Er sei fest entschlossen, jederzeit dem guten Willen der deutschen Regierung und dem deutschen Volk Rechnung zu tragen.

Englands Entschlossenheit über den französischen Kabinettswechsel.

London, 14. Jan. Laut „Wall Mall and Globe“ wird in Londoner amtlichen Kreisen erklärt, die Gesamtlage sei äußerst schwierig. Wenn die französische Politik infolge des Kabinettswechsels eine Veränderung erfahren sollte, so sei es schwierig, zu sagen, daß die Konferenz von Cannes an der Stelle wieder ausgenommen werden könne, an der sie abgebrochen worden ist. Alles dieses sei sehr eintauschend.

Italien gegen den „absurden Vormachtsdünkel“ Frankreichs.

Rom, 14. Jan. Der „Messaggero“ schreibt zur französischen Ministerkrise, daß Frankreich, das durch seine Politik die Konferenz von Washington zum Scheitern brachte und jetzt die Zusammenkünfte von Cannes und Genoa unmöglich macht, sich wirtschaftlich und politisch vollständig isoliere und so das Gegenteil nationaler Sicherheit erreiche werde. In der Frage des Wiederaufbaus müsse Italien mit England gehen, aber vorher durch einen Vertrag, ähnlich dem zwischen Deutschland und Frankreich in Wiesbaden abgeschlossenen, wirtschaftlich gesichert werden. Der Wiederaufbau Europas dürfe nicht von dem absurden Vormachtsdünkel einzelner Nationen abhängen.

Die Parteien und die Steuervorlagen.

Die steuerpolitische Lage, über die nach der Rede des Ministers Hermes in den vereinigten Ausschüssen des Reichstages Beratungen zwischen der Regierung und den Parteiführern gepflogen werden, ist so verfahren wie möglich. Die Ausschüsse haben an der Kohlen-, Zuder-, Tabak-, Bier- und Umsatzsteuer, sowie an den Böllen 12 Milliarden gefordert; das ist gleich dem Betrage, den die Umsatzsteuer nach der Regierungsvorlage allein erbringen soll. Die Regierung verlangt dringlich die unveränderte Wiederherstellung ihres Entwurfes und warnt davor, den Erfolg des Ausfalls auf dem Wege neuer Steuern zu suchen, da dies wegen der technischen Unmöglichkeit rascher Durchführung nur auf dem Papier stehen würden; die Behörden könnten noch mehr steuerliche Arbeit, als die bereits in Aussicht genommene, schlechterdings nicht bewältigen. Dazu kommt der Streit um die Sachwerte, die von der Sozialdemokratie aus agitatorischen Gründen als Goldwerte bezeichnet zu werden pflegen. Es sind dies der Grund und Boden, Gebäude, Maschinen, kurz, alle Realwerte. Die Sozialdemokratie behauptet, daß diese Sachgüter ihren Goldwert behalten hätten und noch eine steigende Preistendenz aufwiesen; dieser Gewinn müße einem besonders kräftigen steuerlichen Zugriff unterliegen. Die Verfechter der Sachwertbesteuerung vergessen, daß diese Realwerte, soweit es sich um die zu Goldmarktpreisen eingestellten Anlagen industrieller Unternehmungen handelt, nach und nach aufgebraucht werden, und daß dann die Neuanschaffungen mit den heutigen Papiermarktpreisen bezahlt werden müssen. Für den ländlichen und städtischen Grundbesitz aber ist von zahlreichen Sachverständigen überzeugend nachgewiesen worden, daß alle etwaigen zwangshypothekarischen Pläne ihn in seinem Lebensnerv bedrohen. Die bürgerlichen Parteien lehnen daher auch die Sonderbesteuerung der Sachwerte ab, während die Sozialdemokratie sie ebenfalls fordert. Dabei macht sich die gewerkschaftliche Arbeiterregierung wieder einmal bemerkbar. Innerhalb der Reichstagssozialdemokratie soll ursprünglich eine ziemlich starke Strömung zugunsten eines Kompromisses mit den bürgerlichen Parteien in dieser Frage bestanden haben. Da traten aber die Gewerkschaften hinzu und lebten jedes Entgegenkommen ab. Immerhin schwante die Reichstagssozialdemokratie und will die Besteuerung der Sachwerte auf Knapp und Fall mit den Unabhängigen zusammen durchsetzen, auch auf die Gefahr einer Reichstagsauflösung hin. Die Regierung will an die Sachwerte nicht gern heran, tut aber sonst nichts, um die bürgerlichen Parteien für sich nach anderer Richtung zu gewinnen. Vor allem hat es sowohl die beiden Rechtsparteien wie die Demokraten sehr verstimmt, daß man an leitender Stelle keinerlei Miene macht, endlich einmal mit einem energischen Aufbruch der Verwirklichung eines gründlichen Sparprogramms näher zu treten. Das parteiöffentliche Organ der Deutschen Volkspartei, die „Nationalist. Woch.“, erklärt, der öffentliche Apparat arbeite in Deutschland noch geradezu verschwenderisch. Wenn man in englischen Zeitungen lese, daß der englische Ministerpräsident am zweiten Weihnachtsfeiertage früh sehr geschiden in einem einfachen Cab nach dem Victoria-Bahnhof fuhr, um in dem gewöhnlichen Dampferantriebswagen seine Waise nach Cannes anzureisen, dann frage man sich vergebens, warum sich in Deutschland im Gebrauche von Extrazügen und Salonwagen nichts geändert, dagegen in der Verwendung von Autos unternehmlich in allen Kreisen gegen früher eine wenig zeitgemäße Reichlichkeit entfaltet habe. Die Demokraten sind insbesondere noch deswegen verstimmt, weil die Regierung ihrer Forderung, die Bestimmungen des Erbschaftsteuergesetzes entsprechend dem gesunkenen Geldwerte zu erleichtern, nicht nachgegeben ist.

In den Ausschüssen war die parteivollstänige Gruppenmeinung so, daß die Abänderungsbestimmungen durch die bürgerlichen Mehrheiten gegen die Sozialdemokratie zustande kamen; sogar die beiden Regierungsparteien, Zentrum und Sozialdemokratie, fanden sich in getrennten Raern gegenüber. Die Regierung scheint nun Reue zu haben, ihr Steuerprogramm mit wechselnden Mehrheiten durchzuführen, die indirekten Steuern mit Hilfe der bürgerlichen Parteien und die direkten mit Hilfe der radikalen Linken. Das wäre der Sozialdemokratie gerade recht. Sie hat von jeher mit bestigter Leidenschaft alle Arten von indirekten Steuern wegen der Belastung des Massenverbrauchs bekämpft und in der direkten Besteuerung des Einkommens und Vermögens ihr steuerliches Ideal erblickt. Sie wüßte nur zu genau, daß sich die Leute so unzufrieden zu machen gelanet ist, wie der Spanier, ihr inner verdienten Geld dem Diskus in direkten Steuerbeiträgen in übermäßiger Höhe auf den Tisch zu legen, während bei indirekten Steuern, sofern sie nicht den notwendigen Lebensbedarf mit unbiliger Härte treffen, eine freiwillige Einschränkung möglich ist. Um nun die Unzufriedenheit kräftig zu schüren und dadurch die Massen an sich zu fesseln, sucht die Sozialdemokratie früher mit alldem Eifer für die direkten Steuern, die sie nicht hoch genug hinaufschrauben konnte, während sie jede noch so mächtige indirekte Besteuerung geradezu als ein Verbrechen am „kleinen Manne“ in Grund und Boden verdammt. Wenn nun die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie die fatale Notwendigkeit, zur Erzielung eines halbwegs genügenden Gesamtertrages auch für indirekte Steuern in großem Umfange zu stimmen, abnehmen, so würde sie das weitlich agitatorisch ausnutzen und dem Bürgertum allein die Belastung des Massenkonsums aufhaken. Die bürger-